

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ELFTES JAHR
SEPTEMBER 1960

9

HELMUT LINDEMANN

Neue Spielregeln für eine neue Politik?

I.

Die Frage, ob es zumal für Deutschland im internationalen Verkehr neue Spielregeln geben könne, die zu einer neuen Politik führen, ist durch das Scheitern der Gipfel-diplomatie besonders akut geworden. Dieses Scheitern war unvermeidlich; denn die ganze Gipfeldiplomatie der letzten Jahrzehnte — die Anfänge reichen bis zu den bombastischen Begegnungen *Hitlers* und *Mussolinis* zurück — beruhte auf dem Irrtum, ein paar führende Politiker, mag die Grundlage ihrer Macht demokratisch oder autoritär sein, könnten im Handumdrehen Schwierigkeiten aus der Welt schaffen, die vielfältige geographische, historische, soziologische und — last, not least — geistige Ursachen haben. Wenn das schon im allgemeinen nicht möglich ist, so kann ein Erfolg vollends dann nicht erwartet werden, wenn mit einer Gipfelkonferenz ausgerechnet die deutsche Frage gelöst werden soll, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg präsentiert; denn in und um Deutschland ist seit 1945 eine Situation entstanden, die — um ein Wort *Clemenceaus* zu variieren — allzu ernst ist, als daß man ihre Lösung allein den Diplomaten überlassen dürfte. Man wird die Historiker und die Philosophen, die Theologen und die Moralisten heranziehen müssen, um den Leuten, die sich gewerbsmäßig mit Außenpolitik befassen, klarzumachen, daß in und mit Deutschland etwas geschehen ist, was die bisherigen Spielregeln der großen Politik außer Kraft gesetzt oder mindestens fragwürdig gemacht hat.

Vom Atomzeitalter zu sprechen, ist ein Gemeinplatz geworden, den aufzusuchen man sich bereits scheut. Solche verständliche Gemeinplatz-Angst sollte uns aber nicht daran hindern, zu erkennen, daß wir in ein neues Weltalter hineinwachsen, welches uns zwingt, in neuen Kategorien zu denken. Es wäre absurd, anzunehmen, daß ausgerechnet die Außenpolitik von diesem Wandel verschont bleiben sollte.

In der Geschichte der Außenpolitik hat es sehr verschiedene Kapitel gegeben, etwa die große Zeit der Kabinettpolitik im 18. Jahrhundert, deren letzter großer Vertreter *Bismarck* gewesen ist. Er lebte freilich schon in einer Übergangszeit, mit der er sich immer weniger verstand, nämlich in der Zeit der fortschreitenden Demokratisierung der Außenpolitik. Ihr Ergebnis war das, was *Wilson* „offene Diplomatie“ nannte und als Ideal hinstellte. Wir wissen heute, daß es ein fragwürdiges Ideal ist; denn falls Diplo-

matie und Publizität sich überhaupt in ein verträgliches Verhältnis bringen lassen, so ist das Rezept dafür bisher noch nicht gefunden worden. Als Methode sind die Gipfelkonferenzen eine späte Frucht am Baum der offenen Diplomatie. Tatsächlich überschneidet sich aber diese kurze Epoche der Außenpolitik in den dreißiger Jahren bereits mit den Anfängen einer neuen Ära, von der wir hoffen müssen, daß sie eben so kurz sein möge: die Ära der ideologischen Außenpolitik, die nach 1945 zu voller Blüte gedieh.

II.

Wenngleich der Auftakt zur Epoche der ideologischen Außenpolitik im Zeichen des Faschismus stand, so geht sie in ihren Ursprüngen doch auf die *Machtergreifung des Kommunismus in Rußland* zurück. Mit der Idee der Weltrevolution ist ein völlig neuer Faktor in die Außenpolitik eingeführt worden, der während der beiden ersten Jahrzehnte der Sowjetunion nur deshalb noch nicht zum Tragen kam, weil dieser neue Staat ganz überwiegend von inneren Machtkämpfen in Anspruch genommen wurde. Erst als *Hitler* durch seinen destruktiven Größenwahn den Dogmatikern der Weltrevolution fast unversehens eine Chance bot, an deren Zustandekommen manche von ihnen unter wirtschafts- und gesellschaftsideologischem Aspekt bereits zu zweifeln begonnen hatten — erst da trat Moskau aus seiner außenpolitischen Reserve heraus und begann mit seiner expansiven Politik, die freilich häufig mehr mit gewissen Konstanten der russischen Außenpolitik als mit der Idee der Weltrevolution gemein hatte. Inzwischen haben sich zahlreiche theoretische Prämissen des Marxismus-Leninismus als falsch erwiesen, und zwar sowohl in der Sowjetunion selber als auch in der nichtkommunistischen Welt. Die Weltrevolution wird auch heute noch von vielen Kommunisten als Bestandteil ihres Dogmengebäudes *geglaubt*; für *möglich gehalten* in dem Sinne, daß sie in absehbarer Zeit stattfinden und zum Siege gelangen könne, wird sie von verantwortlichen Politikern der Sowjetunion heute wohl nur noch ausnahmsweise. Der Umstand, daß nicht wenige dieser Politiker aus Überzeugung oder Erziehung gläubige Kommunisten sind, führt dann zu einer schizoiden Haltung, die als Erklärung für manche Vorgänge der letzten Jahre nicht von der Hand gewiesen werden sollte.

Gerade in diesem Zusammenhang muß ein Faktor beachtet werden, der sich nur langsam auszuwirken beginnt: die Zunahme von Kontakten kommunistischer Führer mit der übrigen Welt. Die Geschlossenheit des kommunistischen Weltbildes ließ sich jahrzehntelang vor allem deshalb aufrechterhalten, weil nur verschwindend wenige Sowjetbürger bis in die oberste Führungsschicht hinein mit der Außenwelt in Berührung kamen. Infolge des zweiten Weltkrieges ließ sich diese Abkapselung nicht mehr aufrechterhalten. Die Russen müßten keine Menschen sein, wenn sie sich der Wirkung des Umgangs mit anderen Menschen und Ideen, anderen Lebens- und Gesellschaftsformen gänzlich entziehen könnten. Das ist offenbar auch *Nikita Chruschtschow* selber nicht gelungen, obwohl er erst mit 60 Jahren solche Begegnungen gehabt hat. Es bedarf keiner besonderen Prophetengabe, um vorauszusagen, daß wir hier erst am Anfang eines Prozesses stehen, dessen Wirkung bei der jüngeren Generation viel nachhaltiger sein dürfte als bei den kommunistischen Politikern, die noch selber die Oktoberrevolution erlebt haben.

Nun beschränkt sich die Ideologisierung der Außenpolitik keineswegs auf die Sowjetunion oder die kommunistische Welt überhaupt. Die *Vereinigten Staaten* haben seit ihren Anfängen daran Anteil, doch ist das naturgemäß erst im 20. Jahrhundert in Erscheinung getreten, weil Amerika vorher in der Weltpolitik eine relativ untergeordnete Rolle gespielt hat. Heute haben wir jenseits des Atlantiks als Gegenstück zur kommunistischen Weltrevolution den *American Way of Life*. Beiden Ideen sind zwei Dinge gemeinsam: das Bewußtsein des missionarischen Auftrags — dessen Wurzeln in Amerika im Calvinismus und Rationalismus sowie in der spezifisch amerikanischen Idee des

Pioniertums liegen — und die Vorstellung, daß es der Welt zuträglich sei, wenn sie durchweg nach denselben Grundsätzen leben würde.

Ein bedeutender außenpolitischer Faktor sind diese amerikanischen Vorstellungen erst nach dem ersten Weltkrieg geworden, als die Vereinigten Staaten sehr gegen ihren Willen in die internationale Verantwortung hineinwuchsen. Sie haben sich diesem Prozeß durch den Isolationismus vergeblich zu entziehen versucht. Die weltgeschichtliche Bedeutung *Franklin Roosevelts* liegt darin, daß er, als sich die Verhältnisse in Europa abermals kritisch zuspitzen, sein Land in richtiger Erkenntnis der Aufgabe, die den USA bereits zugefallen war, zielbewußt in den zweiten Weltkrieg hineinführte. Das war der „point of no return“, die Entscheidung, hinter die keine amerikanische Regierung mehr zurückgehen kann. Fünfzehn Jahre Nachkriegsgeschichte haben in den Wein des amerikanischen Optimismus manchen Tropfen skeptischen Wassers rinnen lassen. Die Vorstellung, daß es möglich sei, die ganze Welt nach einem Schema — und sei es selbst das in amerikanischen Augen so vorzügliche Schema des *American Way of Life* — glücklich zu machen, ist ins Wanken geraten. Das ist freilich noch nicht entscheidend. Erst wenn sich in den Vereinigten Staaten die Überzeugung ausbreiten sollte, daß eine solche Schematisierung der Welt nach amerikanischem Muster *gar nicht wünschenswert* wäre, würde begründete Aussicht bestehen, daß der Ideologisierung der amerikanischen Außenpolitik ein Ende bereitet wird.

Es wäre nun naiv, wollte sich derjenige Teil Europas, der außerhalb des kommunistischen Machtbereichs liegt, der Illusion hingeben, daß er an dem ideologischen Zeitalter der Außenpolitik keinen Anteil habe. Zum Unterschied von den beiden Weltmächten, zwischen denen es liegt, hat Europa nur keine eigene, ja nicht einmal eine eigentliche Ideologie entwickelt und zur Grundlage seines außenpolitischen Verhaltens gemacht. Es hat sich mit einer Reflexideologie begnügt, nämlich mit dem *Antikommunismus*, der längst nicht mehr nur eine Abwehrhaltung ist, sondern zu einer weite Teile unseres öffentlichen und leider auch unseres geistigen Lebens beherrschenden Ideologie entartet ist. Nirgends gilt das mehr als in der Bundesrepublik, was allerdings dadurch verständlich wird, daß in dem anderen Teil Deutschlands die kommunistische Ideologie mit einer sturen Konsequenz verwirklicht wird, wie sie vermutlich auch wieder nur bei Deutschen anzutreffen ist.

Sehen wir einmal von den gefährlichen Folgen ab, die der Antikommunismus in westeuropäischen Ländern und zumal in der Bundesrepublik für die freiheitlichen Grundrechte haben kann, so wirkt er sich dort besonders verhängnisvoll in der Außenpolitik aus. Man darf sagen, daß die Außenpolitik *Adenauers* so gut wie ausschließlich antikommunistische Politik gewesen ist. Nun bedarf es kaum der Erwähnung, daß jede Außenpolitik eines westeuropäischen Staates heute auch der Abwehr kommunistischer Bestrebungen dienen muß. Es wird jedoch bedenklich, wenn solche Abwehr das dominierende oder gar das einzige Motiv außenpolitischen Denkens und Handelns wird und den Blick für die Tatsache trübt, daß Außenpolitik nicht nur für den Tag getrieben werden darf. Schließlich ist die Sowjetunion nicht nur die Zentrale der kommunistischen Internationale — jedenfalls heute noch, sondern eine der zwei oder drei größten Mächte dieser Welt und zudem die uns nächstgelegene. Ebenso sind Länder wie Polen und die Tschechoslowakei nicht nur Trabanten der kommunistischen Sowjetunion und selber von Kommunisten regiert, sondern Nachbarn unseres Volkes, mit denen wir unter allen Umständen zusammenleben müssen.

Da der ideologische Antikommunismus nur ein Reflex ist, wird er keinesfalls länger Bestand haben als der Kommunismus in seiner aggressiven Form. Das ist jedoch ein schwacher Trost und darf nicht als Rechtfertigung geistiger und politischer Abstinenz gelten, wie sie heute in Westdeutschland in beängstigendem Maße anzutreffen ist. Die Weltrevolution und der *American Way of Life* sind als Ideologien gewiß abwegig, aber

beide sind echte Vorstellungen, die daher aufgrund abweichender Erfahrungen wandlungsfähig sind. Der Antikommunismus ist im Grunde gar nichts; er ist nicht wandlungsfähig, sondern kann nur eines Tages in sich zusammenfallen. Er wird dann den Blick auf ein Nichts an geistigen und politischen Vorstellungen freigeben, und in der Tat stellt der totale Nihilismus heute für viele Westeuropäer und zumal für die Bürger der Bundesrepublik eine ernstere Gefahr dar als der in seiner Gefährlichkeit gewiß nicht zu unterschätzende Kommunismus.

III.

Nun ist im zweiten Weltkrieg in und mit Deutschland etwas geschehen, was die bisherigen Spielregeln der Außenpolitik außer Kraft gesetzt hat. Will man dieses kurze Geschehen auf eine kurze Formel bringen, so kann man sagen, daß wir 1945 *das Ende des Deutschen Reiches* erlebt haben. Wohlbemerkt, nicht das Ende Deutschlands haben wir erlebt, sondern das Ende des Deutschen Reiches. Wir haben also eine ähnliche Erfahrung gemacht wie unsere Vorfahren 1806, als das Heilige Römische Reich deutscher Nation ins Grab sank. Es wäre vermutlich klüger gewesen, wenn die Deutschen damals schon die richtige Schlußfolgerung gezogen und auf den Versuch, das Reich zu erneuern, verzichtet hätten und statt dessen darauf bedacht gewesen wären, in Mitteleuropa eine Ordnung zu schaffen, die mehr Dauer versprach als ein nationaler Machtstaat. Vielleicht heißt das aber, von den Menschen des nationalistischen 19. Jahrhunderts zuviel zu verlangen. In jedem Falle ist es fruchtlos, historischen Hypothesen nachzuhängen. Nur sollten wir heute wenigstens nicht mehr die Augen davor verschließen, daß die Bemühungen um eine Restauration des Deutschen Reiches, die schließlich 1871 zu Bismarcks Großpreußen führten, in der Katastrophe des zweiten Weltkrieges endgültig gescheitert sind. Man kann es auch anders ausdrücken: Wir sollten uns endlich eingestehen, daß der zweite Weltkrieg für Deutschland eine Katastrophe in des Wortes tiefster Bedeutung gewesen ist und nicht nur etwa ein, wenn auch schwerer, Verkehrsunfall.

Das Erstaunliche an nahezu allem, was in Westdeutschland zum Thema *Wiedervereinigung* gesagt wird, ist doch, daß die Leute so tun, als ob wir neben dem im Potsdamer Abkommen gegenüber den Signatarmächten begründeten völkerrechtlichen Anspruch auch so etwas wie einen moralischen Anspruch auf Wiedervereinigung hätten, der sich gegen die Geschichte, das Schicksal oder den Herrgott richte — wie immer der einzelne die höchste Instanz nun nennen, mag. Man begegnet da der gleichen Einstellung wie so oft in Gesprächen über die Zukunft der ehemals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße: nämlich dem meistens gar nicht geheichelten Unvermögen, sich vorzustellen, daß ein Volk historische oder moralische Ansprüche einfach verspielen kann. Man sollte sich dabei häufiger des Schillerwortes erinnern: „*Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.*“ Dabei braucht man solche großen Ereignisse und Wendungen der Geschichte noch nicht einmal unter dem Aspekt von Schuld und Sühne zu sehen, es genügt durchaus, sie an dem Gesetz von Ursache und Wirkung zu messen. Gewisse Taten ziehen gewisse Folgen nach sich. Die Deutschen, die im Mittelalter die Ordnungsmacht des Abendlandes gewesen sind, haben im 19. und 20. Jahrhundert schlüssig bewiesen, daß sie zu ähnlichen Aufgaben, mindestens im Rahmen eines nationalen Machtstaates, nicht mehr berufen sind. Das Deutsche Reich als solches hat versagt. Darum ist es 1945 untergegangen. Der Versuch, es wieder aufzurichten, ist nicht nur im Hinblick auf die Haltung unserer Umwelt aussichtslos; er verdient auch deshalb nicht unternommen zu werden, weil er einem Urteilsspruch der Geschichte zuwiderläuft, gegen den es kein Rechtsmittel gibt¹⁾

1) Als diese Gedanken im Mai d. J. zuerst vorgetragen wurden, war nicht vorauszusehen, daß sie wenige Wochen nach den aufsehenerregenden Äußerungen von Professor Karl Jaspers im Druck erscheinen würden. Der Leser wird im folgenden feststellen, daß der Verfasser zu ganz anderen Ergebnissen kommt als der Basler Philosoph. Trotzdem erscheinen dessen Äußerungen ihm dankenswert, weil auch sie zum Ausgangspunkt die Überzeugung haben, daß mit Deutschland 1945 etwas Unerhörtes geschehen ist.

NEUE SPIELREGELN FÜR NEUE POLITIK?

Wer diese These heute in der Bundesrepublik öffentlich vertritt, gerät zwischen zwei Feuer. Er bekommt es gleichzeitig mit zwei Kräften und politischen Strömungen zu tun, die sehr verschiedenen Ursprungs sind, sich in diesem Punkt aber dennoch treffen. Einmal wird er zum erklärten Gegner des *Nationalismus*, den es, zumal in den mittleren und älteren Generation, immer noch in teilweise sehr virulenter Form gibt. Im Zuge des restaurativen Denkens sind viele Westdeutsche von heute vierzig oder mehr Jahren fest entschlossen, sich ihren Nationalstaat möglichst ebenso vollständig (oder noch besser) herzustellen, wie sie sich den äußeren Rahmen ihres persönlichen Lebens wiederhergestellt oder verbessert haben. Das ist zwar abwegig, im ganzen aber doch nicht sehr gefährlich; denn je größer der Abstand zu der Zeit wird, als es noch einen mächtigen deutschen Nationalstaat gab, um so mehr muß die Erinnerung daran verblassen. Viel gefährlicher ist, daß die nachwachsende Generation überhaupt keine Vorstellung mehr davon hat, was Deutschland als Ganzes war oder sein könnte. Sie entwickelt daher entweder überhaupt kein Nationalgefühl mehr oder ist auf Vorstellungen angewiesen, die von den Älteren in sie hineinprojiziert werden, dann aber von Älteren auch manipuliert werden können. Wie man das macht, erleben wir heute ja auf abschreckende Weise in der DDR.

Die andere Strömung, zu der in Widerspruch gerät, wer den historischen, weitgehend unwiderruflichen Charakter der Katastrophe von 1945 betont, ist etwas, was man im Gegensatz zum Nationalismus den *Natoismus* nennen könnte. Es ist die Haltung derer, die aus den Erfahrungen zweier Weltkriege, welche Deutschland verloren hat, den einzigen Schluß gezogen haben, daß es in einem dritten Weltkrieg endlich einmal auf der Seite der stärkeren Bataillone stehen wolle und müsse. Diese vielfach offen ausgesprochene Ansicht ist die wichtigste Erklärung dafür, daß ein allem Militärischen im Grunde so abholder Mann wie *Adenauer* schon 1950 darum bemüht gewesen ist, ein dauerhaftes Bündnis mit den USA dadurch zu erkaufen, daß er als Gegenleistung einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik anbot. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die stärkeren Bataillone keineswegs so eindeutig den Westmächten gehören, wie Adenauer und andere das vor zehn Jahren angenommen haben. Glücklicherweise hat sich aber auch herausgestellt, daß infolge des Rüstungsgleichgewichts zwischen Amerika und Rußland — das durch zeitweilige Vorsprünge auf Teilgebieten nicht umgestoßen wird — der dritte Weltkrieg aus allen halbwegs rationalen Überlegungen als Möglichkeit ausgeschlossen ist. Der Natoismus, der Westdeutschland und möglichst ganz Deutschland unlösbar mit dem westlichen Militärbündnis verknüpfen will und eine Wiedervereinigung nur auf diesem Wege für vorstellbar hält, erweist sich angesichts dieser Entwicklung als ebenso antiquiert wie der Nationalismus, der die Auferstehung des Deutschen Reiches als nationaler Machtstaat in Mitteleuropa für möglich hält.

IV.

Zwischen Nationalismus und Natoismus bleibt einer deutschen Außenpolitik, die, statt im Nichts zu enden, in eine bessere Zukunft führen will, nur ein äußerst schmaler Pfad. Der Nationalismus führt ins Nichts, weil er ein Ziel verfolgt, das schon wegen des unüberwindlichen Widerstandes unserer ganzen Umwelt unerreichbar ist. Der Natoismus führt — vom deutschen, im Gegensatz zum bundesrepublikanischen, Standpunkt aus betrachtet — ebenfalls ins Nichts, weil er die Wiederherstellung Deutschlands selbst in den bescheidenen Grenzen, die ihm der Spruch der Geschichte gelassen hat, unmöglich macht. Beide Haltungen haben zur Folge, daß in Mitteleuropa ein Vakuum entsteht. Wo einmal Deutschland war, würde dann ein Nichts sein, dessen verhängnisvollste Wirkung darin bestände, daß es allmählich ganz Europa in den Abgrund geschichtlicher Bedeutungslosigkeit nach sich zöge. Der schmale Weg, der zwischen diesen beiden Haltungen

sich auftut, führt zu der Brücke, als die allein Deutschland noch eine geschichtliche Zukunft haben wird. Das hat freilich mit Erinnerungen an Rapallo und Locarno nichts zu tun; denn beide Verträge waren bei aller Verschiedenheit untereinander doch noch Ausdruck national bestimmter Machtpolitik. Brücke sein wollen, setzt dagegen den Verzicht auf selbständige Macht voraus.

Diese Aufgabe kann Deutschland nur erfüllen, wenn die beiden jetzt vorhandenen deutschen Teilstaaten wiedervereinigt werden. Weder die Bundesrepublik noch die DDR können für sich allein eine solche Aufgabe übernehmen. Bleiben sie als selbständige Staaten bestehen, so mögen sie mancherlei Namen tragen und Schicksale haben: Deutschland wird es dann nicht mehr geben. Die Wiedervereinigung, die eine notwendige Bedingung des Fortgangs deutscher Geschichte ist, erscheint freilich nur erreichbar, wenn sie von der Mehrheit der Deutschen in Ost und West als ein Bekenntnis zur Mitte verstanden würde. Es ist seltsam, daß ein solches Bekenntnis heute in Westdeutschland auf soviel Widerstand stößt. Das liegt vermutlich daran, daß allzu viele Bonner Politiker die Augen vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland geographisch eben nicht zu Westeuropa gehört, sondern auch dann, wenn es künftig seine Ostgrenze an Oder und Neiße behalten sollte, das Herzland Europas ist und bleibt. Diese Tatsache darf bei der Überlegung, welches Deutschlands politische Rolle und Aufgabe sei, nicht einfach ignoriert werden.

Wenn wir nun den schmalen Pfad beschreiten, wenn wir Brücke sein und *die Wiedervereinigung als Bekenntnis zur Mitte* vollziehen wollen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir aus unserer heutigen Situation heraus dorthin gelangen können. Hier stellt sich unmittelbar die Frage, ob es neue Spielregeln, neue Methoden, neue Maßstäbe einer deutschen Außenpolitik geben könne — einer Außenpolitik, die notwendigerweise auf absehbare Zeit hinaus vornehmlich von Bonn aus, in gewissem Umfang vielleicht auch von Berlin aus, aber jedenfalls von der Bundesregierung, von *einer* Bundesregierung geführt werden muß. Jede derartige Außenpolitik muß von der Einsicht ausgehen, daß Deutschland nach allem, was mit ihm und durch es geschehen ist, einen Sonderfall darstellt. Gewiß nicht in dem Sinne, daß wir eine besondere Mission hätten, wovon man ja heute auch schon wieder spricht, sondern das Bekenntnis zum Sonderfall sei als Abwehr gegen die hierzulande so beliebte Vorstellung verstanden, diese oder jene Regelung sei für uns nicht akzeptabel, weil sie eine Diskriminierung bedeute. Das Wort ist beispielsweise in der Diskussion um Rapacki-Plan und Disengagement von Anhängern der Regierung Adenauer häufig verwendet worden. Auch das ist im Grunde nur möglich, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 nicht stattgefunden habe oder von einem gewissen Hitler gegen den entschiedenen Willen der Mehrheit des deutschen Volkes veranstaltet worden sei. Wer das tut, dem ist nicht zu helfen, nur wird es ihm gewiß nicht gelingen, die deutsche Außenpolitik aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie geraten ist.

Darum eben sollte man nicht von dem *Eingeständnis*, daß wir ein Sonderfall sind, sprechen, sondern von dem *Bekenntnis* dazu. Nur wenn wir bejahen, daß wir aufgrund unserer Geschichte und im Hinblick auf die heutige Weltlage nicht genau so handeln und behandelt werden können wie beispielsweise Frankreich oder auch Italien, können wir erwarten, daß wir eines Tages die Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR erreichen werden. Nur wenn wir uns diskriminieren lassen in dem Sinne, daß wir in dieser oder jener Hinsicht minderen oder anderen Rechtes sind als manche anderen europäischen Staaten, werden wir überhaupt wieder zu einem einzigen deutschen Staat gelangen. Das braucht nicht unbedingt die Form der Neutralisierung anzunehmen. Es kommt zunächst überhaupt nicht auf einzelne Bestimmungen oder Modalitäten an, sondern ausschließlich auf den Grundsatz, daß wir ein Sonderfall in Europa sind und uns demgemäß verhalten und einrichten müssen. Man wende dagegen nicht ein, dergleichen

NEUE SPIELREGELN FÜR NEUE POLITIK?

sei für ein großes Volk nicht zumutbar. Wenn wir bedenken, was wir uns selber in diesem Jahrhundert alles zugemutet haben — um von den Zumutungen für andere Völker zu schweigen! —, so sollten wir es nicht unerträglich finden, um unserer Einheit und des europäischen Friedens willen einige Verpflichtungen auf uns zu nehmen, die andere Völker nicht belasten. Tun wir das nicht, so werden wir vermutlich überhaupt nicht wieder in Deutschland leben.

V.

Der zweite Grundsatz einer besseren deutschen Außenpolitik läßt sich mit der beliebten innenpolitischen Parole umschreiben: *Sicherheit für alle!* Eine deutsche Politik, die Erfolg haben will, darf unsere Nachbarn im Osten nicht weniger ernst nehmen als unsere Nachbarn und Freunde im Westen. Hier spielt die vorher erwähnte ideologische Verkrampfung unserer Außenpolitik eine wichtige und unheilvolle Rolle, aber ebenso unsere Neigung, die Folgen unserer jüngsten Geschichte aus unseren Überlegungen auszuschließen. Infolge des zweiten Weltkrieges wird die Haltung fast aller Länder, zumal in Europa, gegenüber Deutschland in erster Linie von dem Verlangen nach Sicherheit bestimmt. Unsere westlichen Kriegsgegner haben ihr Sicherheitsbedürfnis dadurch befriedigt, daß sie den ihnen verfügbaren Teil Deutschlands, nämlich die Bundesrepublik, fest in ihr eigenes Bündnisssystem eingegliedert haben. Das ist fraglos die eine wichtige Aufgabe der NATO, wie sie von den Westmächten verstanden wird.

Deutschlands östliche Nachbarn, also Polen und die Tschechoslowakei und die Sowjetunion, die das Auftreten deutscher Militärmacht in ihren Ländern in furchtbarer Erinnerung haben, sind nicht in der relativ glücklichen Lage, ihr Sicherheitsbedürfnis dadurch befriedigen zu können, daß sie das westdeutsche Potential an die Kette legen. Moskau ist zwar mit dem sehr viel geringeren Potential der DDR ähnlich verfahren, aber selbst diese Maßnahme genügt nicht, um in Warschau und Prag auch nur insoweit ein ausreichendes Gefühl der Sicherheit zu erzeugen. Dabei sollten wir uns klarmachen, wie wenig diese Empfindungen damit zu tun haben, daß alle diese Länder von Kommunisten regiert werden. Das Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland würde in *jedem* Fall ein ausschlaggebender Faktor in der Politik dieser Länder sein; schließlich hat Deutschland ja Polen und die Tschechoslowakei unterworfen, als beide Länder praktisch völlig frei von kommunistischem Einfluß waren. Aber auch und gerade gegenüber der Sowjetunion sollten wir uns in unserem außenpolitischen Denken von ideologischen Vorstellungen möglichst frei machen; denn auch die Sowjetregierung läßt sich bei ihrem außenpolitischen Handeln keineswegs immer oder ausschließlich von ideologischen Motiven leiten. Wir sollten mehr über das Verhältnis Deutschlands zu der russischen Großmacht nachdenken; denn Weltanschauungen kommen und gehen, die Völker aber bleiben. Das hat auch *Stalin* schon gesagt; wenn er sich trotzdem nicht daran gehalten hat, so brauchen wir ihn uns auch insoweit nicht als Vorbild zu wählen.

VI.

Schließlich müssen wir, wenn wir nach neuen Spielregeln oder Maßstäben Ausschau halten, zu der Einsicht gelangen, daß es — jedenfalls für Deutschland — sinnlos geworden ist, immer in Bündnisbegriffen zu denken. Die Zeit der Allianzen im militärischen Sinne ist überhaupt vorüber, weil eben der Krieg aufgehört hat, „nichts als die fortgesetzte Staatspolitik mit andern Mitteln“ zu sein. Das Militärbündnis entspricht aber nicht nur der Zeit *Clausewitz'*, in der Kriege waffentechnisch noch sinnvoll erscheinen mochten, weil es möglich war, einen militärischen Sieg zu einem halbwegs vertretbaren Preis zu erringen. Es entstammt vor allem Zeiten, deren internationale Ord-

nung von dem Phänomen der Herrschaft bestimmt wurde. Diese Zeiten sind vorbei, mag auch die Erkenntnis noch nicht allenthalben durchgedrungen sein. Etwa seit der Jahrhundertwende bereitet sich die neue Erscheinungsform der internationalen Ordnung vor, die nicht mehr Herrschaft heißt, sondern Zusammenarbeit. Alles das, was wir das Ende des Kolonialismus oder das Erwachen der farbigen Welt nennen, bestätigt diesen *Übergang von der Herrschaft zur Zusammenarbeit*.

In dieser neuen Ordnung hat das Militärbündnis kaum noch einen Platz, schon gar nicht für den Sonderfall Deutschland. Die Alternative dazu ist nun aber nicht unbedingt die Neutralität, jedenfalls nicht im klassischen Sinne der Schweiz. Auch Österreich hat ja eine Verpflichtung zur Neutralität nur im militärischen Sinne übernommen. Die Alternative zum Militärbündnis ist vielmehr die *Arbeitsgemeinschaft*, die sich auf viele Gebiete erstrecken kann. Solche Arbeitsgemeinschaften sollte Deutschland als Grundlage seiner künftigen Außenpolitik in vielfältiger Form und vor allem nicht nur in einer Richtung anstreben. Ein Beispiel für solche Arbeitsgemeinschaften ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, an der sich die Bundesrepublik beteiligt. Sie ist freilich kein sehr nachahmenswertes Beispiel, weil sie der geographischen Wirklichkeit Deutschlands nicht Rechnung trägt, sondern die Gefahr in sich birgt, daß die Bundesrepublik einseitig an Westeuropa gebunden wird. Immerhin ist nicht ausgeschlossen, daß sich, falls die Wiedervereinigung eines Tages möglich würde, aus Westdeutschlands Zugehörigkeit zur EWG und zur Montanunion Aufgaben für ganz Deutschland herleiten lassen, die mit seiner wichtigsten Aufgabe, Brücke zu sein, in Einklang ständen. Jedenfalls brauchen wirtschaftliche und kulturelle Bindungen an den Westen eine ähnliche Zusammenarbeit mit dem Osten nicht so unbedingt auszuschließen, wie das bei Militärbündnissen der Fall ist; vielmehr müßten sie durch ähnliche Bindungen nach Osten ergänzt werden. Nur dann kann ernstlich von einer europäischen Aufgabe der Deutschen die Rede sein,

VII.

Wichtig ist allerdings noch etwas anderes. Auch wenn es uns Deutschen gelingen sollte, unsere Außenpolitik künftig in dem Rahmen zu halten, der hier flüchtig skizziert wurde, werden wir keinen Erfolg haben, wenn es uns nicht gelingt, das Vertrauen unserer Mit- oder Gegenspieler zu erhalten oder zu erwerben. Dabei erscheint der Begriff Spielregeln, der hier verwendet worden ist, vor allem deshalb nützlich und brauchbar, weil er davon ausgeht, daß die Politik eigentlich kein Kampf ist, sondern ein Spiel. Freilich kein Vabanquespiel, als welches manche sogenannten großen Männer der Geschichte sie aufgefaßt haben, sondern ein Spiel, wie es *Johan Huizinga* in seinem schönsten Buch, dem *Homo ludens*, als würdigste Tätigkeit des Menschen versteht, oder wie es vor ihm *Plato* in seinen *Nomoi* gesagt hat: „Jene halten ja den Krieg für ein ernsthaftes Ding ... Im Krieg aber gibt es weder nennenswertes Spiel noch nennenswerte Bildung, was wir doch das Ernsthafteste nennen. Das Friedensleben muß also ein jeder so gut wie möglich verbringen. Wie ist denn die rechte Weise? Spielend muß es gelebt werden ...“

Solches Spiel setzt *Spielregeln* voraus, sie aber haben wiederum *Vertrauen* unter den Spielern zur Voraussetzung. Hier liegt nun der eigentliche Grund allen außenpolitischen Versagens heute. Wir Deutsche hatten nach 1945, gerade weil wir so tief gestürzt waren, eine einzigartige Chance, der Welt ein Beispiel zu geben und dadurch Vertrauen zu stiften, das dann auch in größere Bereiche hineingewirkt hätte. Wir haben diese Chance vertan. Wir sind heute von dem aufrichtigen Vertrauen unserer Umwelt vielleicht weiter entfernt als vor fünfzehn Jahren. Sicherlich haben wir gegenüber unseren Nachbarn und ehemaligen Gegnern im Osten keinerlei Vertrauen gewonnen.

Es ist schwer zu sagen, ob und in welcher Zeit es uns gelingen mag, dort Vertrauen zu erwerben. Das ist doppelt schwierig, weil wir gleichzeitig darauf bedacht sein

müssen, das geringe, wenn auch nur oberflächliche Vertrauen, das wir uns im Westen erworben haben, nicht dadurch aufs Spiel zu setzen, daß wir im Osten um Vertrauen werben. Trotzdem muß der Versuch gemacht werden. Aussicht auf Erfolg bietet er nur, wenn innerhalb Deutschlands und zunächst wenigstens innerhalb der Bundesrepublik die Außenpolitik von allen verantwortlichen politischen Kräften getragen wird. Die jüngsten Bemühungen darum verheißen bisher wenig Erfolg, obwohl doch der enttäuschende Sturz vom Pariser Diplomategipfel allen Betroffenen eine Lehre sein sollte. Dieser Umstand muß uns mehr als alles andere pessimistisch stimmen. Es gäbe neue Spielregeln, wenn man sie nur wollte. Will man sie aber nicht, so wird Deutschland eines Tages genauso aus dem Buch der Geschichte gestrichen werden, wie das Deutsche Reich dort vor fünfzehn Jahren ausgestrichen worden ist.